Stand: 12.07.2025 03:16:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/15857

"Sommerschule 2021 für alle und mit Konzept - Bildungsteilhabe jetzt ermöglichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/15857 vom 20.05.2021
2. Plenarprotokoll Nr. 83 vom 20.05.2021
3. Beschluss des Plenums 18/16218 vom 08.06.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 84 vom 08.06.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 20.05.2021 **Drucksache** 18/**15857**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Sommerschule 2021 für alle und mit Konzept – Bildungsteilhabe jetzt ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

   In den kommenden Sommerferien wird an allen Schulen im Freistaat Bayern den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben, an ihrer eigenen Schule an mindestens einem Angebot der „Sommerschule 2021“ teilzunehmen. Ziel ist es, möglichst vielen Kinder und Jugendlichen ein zusätzliches Angebot für Lern- und Erlebnisferien zu machen und dadurch Bildungsteilhabe zu sichern.

2. Um dieses zu erreichen, wird die Staatsregierung aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen:

   – Allen Schülerinnen und Schülern wird es ermöglicht, an der Sommerschule 2021 in ihren Schulen teilzunehmen. Lehrkräfte und andere pädagogisch Tätige, z. B. Sozialarbeiterinnen bzw. -arbeiter und Schulpsychologinnen bzw. -psychologen, können hierfür Empfehlungen aussprechen; Eltern können ihre Bedarfe anmelden.

   – Kinder mit Behinderungen, unabhängig davon, ob sie in Förderzentren lernen oder mit Schulbegleiterinnen bzw. -begleitern an Regelschulen, sind explizit in die Programme miteinzubeziehen. Die Finanzierung der Schulbegleiterinnen bzw. -begleiter, der Transport in Ferienzeiten zum Lernort etc. sind bei der Konzeption mitzuregeln.

   – Die Bildungsangebote sind in erster Linie von Lehramtsstudierenden zu übernehmen. Bereits von Hochschulen für diesen Bereich entwickelte Fortbildungen sind unverzüglich flächendeckend anzubieten.

   – Um eine hohe Qualität der Angebote zu sichern, wird unverzüglich vom Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) Lernstandsdiagnostik für das Lehrpersonal der „Sommerschule 2021“ entwickelt.

   – Fortbildungsangebote und Lernstandsdiagnostik sind für alle Schulformen und Jahrgangsstufen in Bayern im Open-Source-Verfahren den Schulen zur Verfügung zu stellen.

   – Mit der Organisation der Förderangebote sind die Schulämter und MB-Dienststellen (Schulberatungsstellen) zu beauftragen.

   – Die Lern- und Erlebnisferien an den Schulen sind mehr als nur Schulunterricht: Erlebnispädagogische Angebote und die lehrplanbezogene Aufholung von Lernrückständen gilt es im Sinne der Kinder pädagogisch geschickt zu kombinieren. Außerschulische Akteurinnen bzw. Akteure aus der Jugendarbeit, der

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Vereinsarbeit und der kulturellen Bildung sind frühzeitig in die Konzeption der „Sommerschule 2021“ einzubinden.

3. Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, dem Landtag möglichst zeitnah, spätestens aber vor der parlamentarischen Sommerpause 2021, über den Umsetzungsstand der „Sommerschule 2021“ und auch darüber, wie die obengenannten Forderungen in den vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus geplanten Maßnahmen umgesetzt werden, zu berichten.

Begründung:

Das oberste Ziel für die „Sommerschule 2021“ nach den zwei Ausnahmeschuljahren muss sein, allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, entstandene Lernrückstände zu kompensieren. Dafür ist es notwendig, ein niedrigschwelliges und qualitativ hochwertiges Angebot vor Ort an jeder Schule bereitzustellen. Nur so können wir erreichen, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche an diesen Fördermaßnahmen teilnehmen. Bildung ist allerdings mehr als schulisches Lernen und Bildung und gelingt am besten, wenn Wohlbefinden (wieder) hergestellt worden ist. Die erheblichen psychosozialen Belastungen und langandauernden sozialen Einschränkungen, denen Schülerinnen und Schüler in besonderem Maße ausgesetzt waren, machen es notwendig, curriculares Lernen und Persönlichkeitsentwicklung, Erlebnispädagogik und Fachdidaktik zu kombinieren und den Kindern und Jugendlichen ein hochqualitatives, pädagogisches Lern- und Erlebnisangebot zu machen. Diese Kombination aus Lernen, sozialem Miteinander und Erlebnispädagogik kann auch die Motivation zur Teilnahme an der „Sommerschule 2021“ erheblich steigern, was wiederum eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen des Förderangebotes ist.

Das vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus vorgelegte Konzept der „Sommerschule 2021“ ist viel zu vage und reicht bei Weitem nicht aus, um diese Ziele zu erreichen. Es schließt leider an die sog. Brückenangebote vom letzten Herbst an, als nicht dafür gesorgt worden war, dass es gute und ausreichend viele Förderangebote an jeder Schule gibt. Universitäten haben bereits Konzepte für ein gelingendes und qualitativ hochwertiges Angebot „Sommerschule“ entwickelt. Diese Expertise muss in das Konzept für die kommenden Ferien miteinfließen. Das von Prof. Dr. Klaus Zierer an der Universität Augsburg entwickelte Programm, das dem Staatsminister für Unterricht und Kultus bereits in der Vergangenheit vorgestellt wurde, kann als Blaupause für die Sommerschule dienen, auch Modellversuche in anderen Bundesländern können hier gewinnbringend herangezogen werden. Oberstes Ziel ist und bleibt, Wohlbefinden, psychische Stabilität und Bildungsgerechtigkeit wiederherzustellen, während Lernrückstände gezielt und effektiv abgebaut werden. Das Konzept für Lern- und Erlebnisferien „Sommerschule 2021“ soll zugleich für alle Ferien des kommenden Schuljahres adaptiert werden. Es kann auch als eine Art Probelauf für die Ganztagsschule gesehen werden, die auch Bildung und Betreuung in den Ferien vorsieht.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Doris Rauscher
Abg. Gabriele Triebel
Abg. Peter Tomaschko
Abg. Horst Arnold
Abg. Markus Bayerbach
Abg. Tobias Gotthardt
Abg. Matthias Fischbach

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)
Corona-Aufholprogramm des Bundes durch bayerisches Aktionsprogramm stärken (Drs. 18/15842)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sommerschule 2021 für alle und mit Konzept - Bildungsteilhabe jetzt ermöglichen (Drs. 18/15857)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile der Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Seuche frisst Seele: Die Psyche und die Pandemie" titelte gestern der BR einen Beitrag. Es stimmt: Corona schränkt das Leben von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien seit mittlerweile über einem Jahr enorm ein. Sie haben vielfach ihren strukturierten Alltag verloren. Die Kita war lange Zeit geschlossen und läuft noch nicht im Normalbetrieb. Ähnliches gilt für die Schule. Für die Schülerinnen und Schüler sind 350 bis 800 Unterrichtsstunden ausgefallen. Jugendbegegnungsstätten sind nach wie vor geschlossen.Eltern sind belastet und erschöpft. Für eine gelingende Entwicklung fehlen Beziehungen, Kontakte zu Vertrauens- und Bezugspersonen wie auch Kontakte zu Gleichaltrigen. Dazu kommen häufig räumliche Enge, fehlende Sportangebote und mangelhafte Voraussetzungen für Homeschooling. Die Sorge vor einem Corona-Abitur und den Perspektiven am Arbeitsmarkt kommt oftmals noch hinzu. Unbeschwertes Aufwachsen findet schon lange nicht mehr statt.

Kein Wunder, dass die Kinder und Jugendlichen in unserem Land belastet sind! Mehr als 70 % der vom bayerischen Kinderschutzbund befragten Kinder und Jugendlichen fühlen sich durch die Corona-Krise seelisch belastet. Stress, Angst und Depressionen haben zugenommen. Die wichtige Erfahrung der Selbstwirksamkeit – also all das, was psychische Stabilität gibt – kann kaum erprobt werden. Die junge Generation leidet.

Kolleginnen und Kollegen, ich finde, die Staatsregierung schafft es nicht, umfassend darauf zu reagieren. Zu wenig, zu spät – so lässt sich das bisherige Engagement der Staatsregierung für Kinder und Jugendliche in unserem Land wieder einmal zusammenfassen; denn wir haben in unseren Initiativen mehrfach auf die dringend notwendigen Maßnahmen für die Heranwachsenden in unserem Land hingewiesen. Passiert ist erst einmal lange Zeit nichts. Eine Jugendkonferenz, aus der keine Ergebnisse abgeleitet werden, hilft uns da auch nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin deshalb froh darüber, dass die Bundesregierung ein Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" auf den Weg gebracht hat – auch wenn man sich über diesen Arbeitstitel streiten kann; ich möchte mich jetzt daran aber nicht aufhängen.

Bitte, es geht darum, entstandene Lernrückstände abzubauen, frühkindliche Bildung zu fördern, Ferienfreizeiten und außerschulische Angebote zu ermöglichen sowie Kinder und Jugendliche im Alltag und in der Schule zu begleiten und zu unterstützen – alle Kinder, besonders aber natürlich die besonders Belasteten und die, die es in ihrem Aufwachsen ohnehin nicht leicht haben.

Unsere Meinung ist, dass man sich auf Länderebene jetzt aber nicht auf diesem Bundesprogramm ausruhen darf. Bayern darf sich nicht ausruhen, im Gegenteil:

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen hier im Freistaat alles dafür tun, dass es später keine verlorene "Generation Corona" geben wird. Selten wäre Geld besser angelegt als in diesem Fall. Wir als SPD-Fraktion fordern daher, die Bundesmittel zügig in die Umsetzung zu bringen und durch ein eigenes Landesprogramm in gleicher Höhe zu flankieren.

(Beifall bei der SPD)

Uns ist bewusst, dass die genauen Modalitäten im Moment noch fehlen. Setzen Sie aber bitte jetzt schon mal Schwerpunkte, damit wir keine Zeit verlieren. Wir wollen nicht wie bisher mit Stückwerk, symbolischen Aktionen vorgehen und nicht nur etwas für die Schulkinder, sondern auch umfassend etwas für die Heranwachsenden inklusive ihres sozialen Umfelds tun. Wir wollen ein konkretes Förderkonzept für Bayerns Schülerinnen und Schüler und eine Anpassung der Leistungserhebungen mit anschließender individueller Begleitung.

Das Sommerschulmodell der Universität Augsburg soll an allen Schulen Bayerns möglich werden. So könnten entstandene Lücken in den Hauptfächern in Kooperation mit der Universität in zwei Sommerferienwochen wenigstens etwas geschlossen werden. Schüler aller Schularten sollen im nächsten Schuljahr auf freiwilliger Basis mehr individuelle Lernzeit erhalten.

Wir wollen eine bessere Unterstützung der Kita-Kinder, vor allem im sprachlichen, aber auch im motorischen Bereich. Wir wollen Unterstützungsangebote für die ganze Familie mit kleinen Kindern, gerade auch in den Brennpunkten. Wir wollen mehr Familienfreizeiten. Noch immer haben viele Familien keinen Zugang zu Familienurlaub, weil das Budget nicht reicht oder weil die Fördergrenzen zu hoch gesteckt sind. Wir wollen eine Verdoppelung des Kinderfreizeitbonus für bedürftige Familien. Außerdem sollen Programme für Kinder und Jugendliche außerhalb der Schule ausgeweitet werden. Wir wollen eine Stärkung der Mehrgenerationenhäuser als der für Familien zentralen Orte der Begegnung.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es darf natürlich auch noch mehr werden. Wir bitten Sie angesichts der jetzigen Situation aber darum, mit der Minimalpolitik bezüglich Kindern und Jugendlichen aufzuhören. Lassen Sie uns den Turbo anschalten.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Frau Kollegin Gabriele Triebel die nächste Rednerin.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Kultusminister erkennt nach gut einem Jahr nun endlich an, dass es mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf unsere Kinder und Jugendlichen ernst ist; dass es jetzt einer größeren Anstrengung als letztes Jahr bedarf, um unseren von der Pandemie gebeutelten Kindern und Jugendlichen wieder auf die Beine zu helfen.

Doch erkennt es der Minister wirklich an? Oder reiht er sich in die Ankündigungspolitik des Ministerpräsidenten ein? – Ziemlich genau vor einem Jahr haben wir GRÜNE bereits die Sommerschule mit Lern- und Ferienangeboten für alle Schülerinnen und Schüler, die Bedarf dazu haben, gefordert. Die damalige Aussage des Kultusministers: Lernangebote braucht es nicht. – Ferienangebote wurden dankenswerterweise noch schnell vom Bayerischen Jugendring aus dem Boden gestampft.

Im neuen Schuljahr kündigte der Herr Minister nun die Brückenangebote an. Über diese Brücken konnten aber leider nur wenige Schülerinnen und Schüler gehen, weil die Lernangebote mit dem bestehenden Personal bestritten werden sollten. Pech also für die Schülerinnen und Schüler vor allem an Mittel- und Förderschulen, an denen großer Personalmangel herrscht.

Beim jetzigen zweiten Versuch der Sommerschule – übrigens freut es mich, dass hier unser Begriff verwendet wird – hätte der Minister auch dieses Mal besser von uns ab-

schreiben sollen. Wenn man die entsprechende Ankündigung näher betrachtet, sieht man, dass sie über Unverbindlichkeiten nicht hinauskommt und die Arbeit auf die Schulleitungen abschiebt.

Wir GRÜNE und auch die SPD erläutern heute gerne noch einmal, welches Programm es für ein Gelingen der Sommerschule braucht. Wir fordern die Staatsregierung dazu auf, das von der Universität Augsburg entwickelte Konzept für die Sommerschule 2021 zu übernehmen.

Sie kennen das Konzept ja. Prof. Zierer hat es Ihnen mit dem Verantwortlichen des Schulwerkes Augsburg bereits vorgestellt. Es geht darum, den Kindern und Jugendlichen ein niederschwelliges, qualitativ hochwertiges und interessantes Angebot an jeder Schule vor Ort zu machen. Wir wollen die Sommerschule nicht als Feigenblatt für die Staatsregierung. Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler eine Möglichkeit bekommen, endlich wieder regelmäßig in ihr soziales Umfeld "Schule" zurückzukommen und sich wieder ans Lernen zu gewöhnen. Wir wollen, dass sie keine Angst vor dem neuen Schuljahr haben, weil sie wissen, dass sie nicht alleine dastehen und ihnen geholfen wird.

Das kann aber nur gelingen, wenn das zusätzliche externe Personal, das die Staatsregierung gewinnen möchte, dieser Aufgabe auch gewachsen ist. Wir sehen hier in der Hauptsache Lehramtsstudierende. Auch diese müssen auf diese Aufgabe aber dringend mit Qualifizierungsmaßnahmen vorbereitet werden. Sowohl alle Lehrkräfte als auch alle Schülerinnen und Schüler müssen erst einmal wissen, was an Stoff verpasst wurde und was nachgeholt werden muss. Sie sollten die passenden Tests schnellstmöglich entwickeln, denn diese Tests würden auch zeigen, dass die Lücken, die jetzt bestehen, kein Problem einzelner Schülerinnen oder Schüler, sondern ein Problem sind aufgrund Hunderter verpasster Unterrichtsstunden, die einfach ausgefallen sind.

Aber, lieber Herr Minister, Sie, der Sie heute leider nicht da sind, schieben die Lücken wieder darauf, dass im Distanzunterricht Motivation und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler gesunken seien. Das ist beschämend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr vorgelegtes Sommerschulkonzept ist ambitionslos und reicht bei Weitem nicht aus, um allen Kindern und Jugendlichen ein verlässliches und qualitativ gutes Angebot zu machen, das sie jetzt brauchen und das ihnen uneingeschränkt zusteht.

Schule ist nicht nur Wissensvermittlung, sondern auch soziales, emotionales und motorisches Lernen. Die Angebote des Bayerischen Jugendrings allein reichen hier nicht aus. Kombinieren Sie das Bildungsangebot der Sommerschule mit einem Ferienprogramm, bei dem das eine in das andere übergeht, bei dem ganzheitlich gefördert wird. Mit unserem nachfolgenden Dringlichkeitsantrag, der heute wahrscheinlich nicht mehr zum Aufruf kommt, haben wir einiges vorgeschlagen, wie die außerschulischen Angebote für Kinder und Jugendliche verbessert werden können und müssen.

Unsere Kinder und Jugendlichen mussten so stark zurückstecken, um in erster Linie uns Erwachsene zu schützen. Geben Sie ihnen jetzt etwas zurück! Investieren Sie endlich richtig in unsere Kinder und Jugendlichen und nicht weiter so halbscharig! Es geht hier um deren Bildungsteilhabe, um Chancengerechtigkeit, die Sie verspielen, wenn Sie bei Ihrer Unverbindlichkeit bleiben, professionelle Angebote unserer Unis verweigern und weiterhin die Schüler*innen indirekt für das verantwortlich machen, was Sie verpasst haben.

Der Bund stellt den Ländern dafür zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Für den Freistaat Bayern bedeutet das circa 320 Millionen Euro. Herr Minister Piazolo, am Geld kann es also diesmal nicht scheitern. Jetzt kann und muss die Devise sein: Nicht kleckern ohne Konzept, sondern klotzen mit Plan.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem SPD-Antrag werden wir zustimmen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Triebel. – Der nächste Redner ist der Kollege Peter Tomaschko für die CSU-Fraktion.

Peter Tomaschko (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Kinder, Jugendliche und Familien stehen in Bayern im Vordergrund. Das ist unsere ganz klare und definitive Aussage. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Anspruch ist: beste Bildung und beste Betreuung. Kein anderes Land investiert so viel in die nächste Generation und in die Familien. Ich sage ganz deutlich: Ich wundere mich über meine Vorrednerinnen. Beide Anträge, sowohl der von der SPD als auch der von den GRÜNEN, haben sich erledigt, weil sie erledigt sind.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Die bayerischen Programme für Schule und Soziales sind bereits am Start und laufen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, ich würde jetzt gerne deutlich sagen: guten Morgen! Wenn Sie jetzt, Ende Mai, beginnen diese Anträge zu stellen, dann haben Sie die Situation total verpennt.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte vorweg ein herzliches Dankeschön sagen, ein herzliches Dankeschön an unsere Kinder, Jugendlichen und auch an die Eltern dafür, dass sie alle vorbildlich bei der Bekämpfung der Pandemie mitgemacht haben. Sie haben verzichtet, sie haben Verständnis gezeigt und haben aktiv mitgeholfen. Dafür haben sie meinen und unseren größten Respekt.

Jetzt im Einzelnen: Bereits im März hat unsere Sozialministerin Carolina Trautner ein sehr gutes Konzept für die außerschulische Unterstützung vorgelegt. Liebe Carolina Trautner, ein herzliches Dankeschön dafür! Dieses Konzept beinhaltet die Öffnung der Betreuung, beispielsweise Ausbildungsakquisiteure, digitale Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Erziehungsberatung und vieles mehr. Meine Damen und Herren, dies kam

alles lange Zeit vor dem Bund. Wir als CSU-Fraktion haben bereits im März den Antrag "Bildungsgerechtigkeit durch zusätzliche Lernangebote sicherstellen" gestellt, den auch die FREIEN WÄHLER unterstützt haben. Ein Dank gilt auch dem Minister Piazolo, der daraufhin das Förderprogramm "gemeinsam.Brücken.bauen" vorgelegt hat. Wir alle finden, das ist ein sehr gutes Programm.

Das aktuelle Schuljahr war in sehr hohem Maße von der Pandemie geprägt. Der Distanzunterricht wurde besser, aber auch ein guter Distanzunterricht kann nie den Präsenzunterricht ersetzen. Auch hier ein Dankeschön an unsere Lehrerinnen und Lehrer, die alles ganz überwiegend sehr vorbildlich durchgeführt haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sehen auch: Dort, wo digitaler Unterricht funktioniert hat, gibt es wenig, sogar teils keine Lernrückstände. Die Aufgabe des Kultusministeriums wird es nun sein, die Digitalisierung schneller voranzutreiben und die Digitalisierung von allen Schulen und Lehrern verbindlich einzufordern.

Zum Förderprogramm noch im Einzelnen: Es hat drei wichtige Phasen. Die erste Phase ist die Förderung und Begleitung noch in diesem Schuljahr mit der Konzentration auf die wichtigen Fächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprache. Die zweite Phase betrifft Intensivkurse und freizeitpädagogische Angebote in den Ferien. Die dritte Phase ist die Förderung im nächsten Schuljahr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch hier geht Bayern noch weit vor dem Bund in Vorleistung. Das Bundesprogramm wird uns dabei hoffentlich auch in Zukunft unterstützen. Wir gehen hier deutlich in Vorleistung.

Erlauben Sie mir noch eine Anmerkung, insbesondere zu den Anträgen von der SPD und den GRÜNEN. Wir haben es bereits im Bildungsausschuss diskutiert: Was Sie hier fordern – ich picke jetzt nur einige Punkte heraus –, ist einfach weltfremd und würde die Schülerinnen und Schüler enorm belasten. Sie fordern beispielsweise bay-

ernweite Lernstandserhebungen. Was meinen Sie damit? – Prüfungen! Jetzt, wo die Kinder wieder in die Klassenzimmer zurückkommen, fordern Sie als Erstes Prüfungen! Sie wissen, was Sie damit auslösen würden, nämlich ausschließlich Stress. Genau das werden wir unseren Kindern in den Schulen nicht antun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben gut ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen. Diese wissen, dass sie die Schülerinnen und Schüler mit Fingerspitzengefühl ankommen lassen müssen, dass sie ihnen Sicherheit geben müssen, damit sie sich in der Schule wohlfühlen.

Unsere Angebote sind selbstverständlich freiwillig. Das passt natürlich nicht in das Weltbild von GRÜNEN und SPD, wo etwas vom Staat nach dem Motto "Die Kinder müssen" und am besten "die ganzen Ferien lang" aufoktroyiert wird.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Nein, meine Damen und Herren, wir stellen ein freiwilliges Angebot zur Verfügung. Selbstverständlich entscheiden die Eltern gemeinsam mit den Schülern. Ich betone noch einmal: Die Anträge haben sich erledigt. – Herzlichen Dank und einen schönen Abend!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Herr Kollege Tomaschko. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. – Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Horst Arnold von der SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Tomaschko, das scheint die Autosuggestion zu sein, die Sie in dem Zusammenhang fesselt. Ich muss Ihnen jetzt aber zum Thema "Bayern in Vorleistung" und Mehrgenerationenhäuser etwas sagen: Sie

wissen, Bayern hat 90 Mehrgenerationenhäuser. Von diesen werden 70 mit 5.000 Euro pro anno gefördert, nur von den Kommunen kofinanziert. Der Bund fördert bereits jetzt schon 50.000 pro anno. Jetzt sagen Sie mir, Sie seien in Vorleistung gegangen. Das ist auch quotal-rechnerisch eine Lächerlichkeit! Sie müssten sich wirklich schämen!

Dann zu sagen, das ist erledigt, ist ein wirklicher Schlag ins Gesicht der in den Mehrgenerationenhäusern Tätigen, weil sie genau diese Aufgabe erledigen, die Sie sich auf das Panier schreiben, nämlich für Familien da zu sein. Sie ziehen sich da immer zurück! Und jetzt sagen Sie, das hat sich erledigt? – Nehmen Sie bitte das Geld vom Bund, und legen Sie noch etwas drauf, um dieses Schandmal, was diese Mehrgenerationenhäuser für Sie bedeuten, für alle Zeiten auszumerzen!

(Beifall bei der SPD)

Peter Tomaschko (CSU): Lieber Kollege Arnold, ich wusste gar nicht, dass Sie in diesem Bereich so engagiert sind. Aber vielleicht ist das jetzt auch die neue Rollenverteilung in der SPD.

(Widerspruch und Zurufe)

Erlauben Sie mir jedoch, zu dem wichtigen Punkt Stellung zu nehmen. Selbstverständlich investieren wir in die Mehrgenerationenhäuser.

(Unruhe)

Wir haben hier ganz wichtige Punkte herausgenommen, bei denen der Freistaat speziell investiert, und natürlich ist es auch eine Aufgabe des Bundes. Beide Leistungen, von Bund und Land, sichern eben diese wichtige Einrichtung der Mehrgenerationenhäuser. Lieber Kollege Arnold, das sollten Sie auch wissen. Diese Aufgabe wird auch gemeinsam mit den Kommunen bewerkstelligt. Versuchen Sie bitte nicht – deswegen auch meine anfängliche Einlassung –, irgendwo den Spaltpilz zwischen Kommune,

Land und Bund zu treiben. Diese Gemeinschaftsaufgabe leisten wir zusammen, und das erfolgreich, wie man sieht.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Themaverfehlung!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Gabriele Triebel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Verehrter Kollege Tomaschko, Ihre Äußerung von gerade eben zum Kollegen Arnold finde ich unterirdisch.

(Beifall)

Wahrscheinlich ist sie wieder Ihrer ideologischen Verbrämtheit geschuldet; leider machen Sie jede Ihrer Äußerungen mithilfe einer ideologischen Brille.

Als langjähriger Bildungspolitiker, der Sie sind, sollten Sie doch den Unterschied zwischen Lernstandserhebung und Leistungsnachweis kennen. Wir fordern eine Lernstandserhebung, damit Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen wissen, wo die Kinder und Jugendlichen stehen. Aber Sie wollen das wahrscheinlich nicht wissen, weil Sie dann eingestehen müssten, dass in den letzten zwei Schuljahren sehr viel danebengegangen bzw. sehr viel versäumt worden ist. Dann müssten Sie nämlich auch weiter Maßnahmen ergreifen, weil – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Triebel, Ihre Redezeit.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Die Frage sei bitte noch erlaubt. Wie garantieren Sie, dass alle Schülerinnen und Schüler in Bayern an Ihrer Sommerschule teilnehmen können?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Tomaschko, bitte.

Peter Tomaschko (CSU): Liebe Kollegin Triebel, wir haben uns in den letzten beiden Sitzungen des Bildungsausschusses sehr intensiv über dieses Thema unterhalten. Sie und auch die SPD hatten die Anträge gestellt, durch das ISB bayernweit zentral vorbereitete – da gehen jetzt die Formulierungen auseinander – Lernstandserhebungen – oder dasselbe in anderer Formulierung – vorzubereiten. Das sind einfach Tests, die draußen beim Schüler und in den Schulen ankommen. Genau das würde Verunsicherung in den Elternhäusern und Schulen hervorrufen. Wir haben versucht, das im Ausschuss sachlich zu diskutieren. Wir haben gesagt: Lasst doch bitte die Pädagogen vor Ort mit Fingerspitzengefühl ermitteln, wie der Leistungsstand ist! – Die Pädagogen können das. Diese Rückmeldung aus den Schulen haben wir. Lassen Sie uns doch bitte den Lehrerinnen und Lehrern vertrauen.

Zu den Angeboten: Natürlich wird jede Schule etwas anbieten. Jeder Schüler wird das dann auch dementsprechend nutzen können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Tomaschko. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Kollege Markus Bayerbach.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der SPD ist schon im Antragstext falsch. Nicht Schulstunden sind ausgefallen, sondern Schulmonate. Kinder mussten im Alltag nicht auf vieles, sondern eigentlich auf alles verzichten. Das Ganze kann nicht seelische Belastungen auslösen, sondern es hat sie massenhaft ausgelöst. Während die AfD von Anfang an vor diesen Folgen gewarnt hat, hat die SPD alles mitgetragen, was die psychischen Probleme und die Lerndefizite unserer Kinder erst verursacht hat.

(Beifall bei der AfD)

Kollege Tomaschko, erledigt sind die Kinder, erledigt sind die Eltern, und erledigt sind die Lehrer. Auch die Lebenslüge der CSU, dass alles gut funktioniert hat, hat sich jetzt

mit den Untersuchungen zur psychischen Gesundheit unserer Kinder erledigt. Das ist erledigt.

Die SPD kommt jetzt mit einem scheinheiligen, populistischen Antrag ums Eck. Das Superwahljahr lässt grüßen. Sie wollen jetzt noch ein paar Sozialverbände beglücken und versuchen, vielleicht noch ein paar Wähler mit kleinen Wohltaten für sich einzunehmen. Die Forderungen sind komplett realitätsfremd. Wer soll denn die Lernstandserhebungen und Förderpläne machen? Wieder die Lehrer? Wieder die Schulleitungen? – Irgendwann ist es mal gut. Wir von der AfD sagen jetzt schlicht und einfach Nein. Die Lehrer und die Schulfamilie haben die Pause verdient. Der Krug geht nur so lange zum Brunnen, bis er bricht. Wir brauchen unsere ganze Schulfamilie nach den Ferien gesund wieder. Wir müssen ihnen allen und ihren Leistungen in diesem Jahr Respekt zollen und auch einmal akzeptieren, dass es irgendwann gut ist.

Sie wecken unredliche Erwartungen. Zusätzliches Personal ist seit Jahren nicht verfügbar. Jetzt in der Corona-Pandemie, gerade während des ersten Lockdowns, gab es Lehrer noch deutlich seltener als Toilettenpapier. Glauben Sie mir das! Da nützt auch zusätzliches Geld nichts. Wir werden nicht einmal das Geld vom Bund in Personalstellen und Leute umsetzen können. Da nützt zusätzliches Geld auch nichts. Geld unterrichtet nicht.

Zum Sommerschulmodell: Haben Sie eigentlich eine Ahnung, wie es im Sommer in den Schulen ausschaut? – Da läuft das große Reinigungsprogramm. Da wird renoviert. Davon einmal abgesehen, ist dann der größte Teil derer, die es vielleicht nötig haben, im Heimaturlaub oder im Urlaub. In den Unis lehren und lernen wir in Distanz, und plötzlich können die Studenten in die Schule kommen, und da geht dann wieder alles mit Kontakt? – Sie müssen mir das echt einmal erklären. Ich verstehe diese Schizophrenie nicht.

Zu den einkommensabhängigen Familienferienzeiten: Sie meinen, Bildungsgerechtigkeit und soziale Probleme seien eine Frage des Geldbeutels. Da sind wir wieder ein-

mal voll im Wahlkampf. Ich glaube, ohne Klassenparolen geht es bei Ihnen einfach nicht. Wie wollen Sie Ferienzeiten unter Pandemiebedingungen gestalten? Wollen Sie sich gegenseitig mit dem Fernrohr anschauen? – Sie sind doch diejenigen, die im Bildungsausschuss immer noch davon reden, dass wahrscheinlich nach den Sommerferien kein Präsenzunterricht möglich ist und man vielleicht noch Distanz- oder Wechselunterricht machen muss. Aber in den Sommerferien können wir kuscheln und irgendwelche Spiele machen? – Das passt nicht zusammen. Entscheiden Sie sich bitte mal!

(Beifall bei der AfD)

Es ist echt ein Witz. Die Sommerferien fangen ja nächsten Monat in Schleswig-Holstein, Berlin und Brandenburg an. Da machen wir Freizeiten, und in Bayern haben wir keinen flächendeckenden Präsenzunterricht.

Wenn Sie schon alles so toll mitgetragen haben, verstehe ich – ganz nebenbei – eines wirklich nicht. Wir haben alles erledigt. Wir haben Masken, Schnelltests, Lüfter. Wir lüften die Klassenzimmer. Aber es scheint alles nur Tand zu sein; denn Sie können vor den Sommerferien immer noch nicht sagen, ob wir in den normalen Unterricht gehen. Entweder bringen die Maßnahmen etwas oder nicht. Wenn sie nichts bringen, dann lassen Sie bitte unsere Schüler in Ruhe!

Eine einzige Forderung sorgt wirklich für Bildungsgerechtigkeit und ist vernünftig: Alle zurück in die Schulen, regelmäßiger Unterricht, normale soziale Kontakte, und zwar sofort, außerdem eine Einstellungsoffensive fürs nächste Jahr, damit wir alle zusätzlichen psychologischen Probleme, die auftreten werden, noch irgendwie einfangen können. Alles andere als Präsenzunterricht ist nur Schaumschlägerei.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht Herr Kollege Tobias Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der SPD und der GRÜNEN für ihre Anträge und lehne sie dankend ab. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.Wir haben uns, verehrte Frau Kollegin Rauscher, nicht ausgeruht, haben nicht geschlafen. Wir sind seit Monaten hellwach und haben deswegen, lange bevor Sie die Anträge formuliert haben, unsere Arbeit in dem Bereich gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich danke Ihnen trotzdem dafür, dass Sie mir die Möglichkeit geben, hier kurz zu umreißen, welche umfassenden Maßnahmen wir seitens des Kultusministeriums und des Sozialministeriums Hand in Hand ergriffen haben, um offengebliebene Potenziale unserer Schülerinnen und Schüler im Corona-Jahr durch Lernförderung zu erschließen und teils gestresste Sozialkompetenz durch Gemeinschaftserlebnisse im Klassenverbund zu fördern – ein großer Schwerpunkt, ein Kraftakt, dem wir uns intensiv widmen. Wir setzen damit den bereits begonnenen Erfolgsweg der Brückenangebote fort. Unser Versprechen: Wir lassen in dieser schweren Corona-Phase niemanden, kein Kind, alleine, wir lassen niemanden fallen.

Gleichzeitig auch unser Versprechen an Schulleitungen und Lehrkräfte: Wir tun seitens des Freistaates alles, um zum einen Gestaltungsfreiheit vor Ort zu garantieren und auf der anderen Seite ein administratives Backoffice und unkomplizierte Finanzierung zu ermöglichen. Auch da gilt: Wir lassen unsere Schulen mit der Herausforderung nicht alleine; wir schultern das gemeinsam.

Ganz nebenbei: Kein einziges Bundesland investiert in diesem Bereich so viel wie Bayern. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

Wir haben in Bayern deutlich früher als der Bund – Kabinettsbeschlüsse vom 5. und 23. März – umfassende Konzepte zur schulischen und außerschulischen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie beschlossen. Wir entfalten Potenzial durch Stärkung der individuellen Förderung im Regelunterricht und Brü-

ckenkurse, durch das Tutorenprogramm "Schüler helfen Schülern" sowie die Ferienkurse in der Sommerschule 2021. Wir machen die lange vermisste Gemeinschaft erlebbar durch spezielle Sozialkompetenzförderung im Unterricht, schulische Veranstaltungen und das Ferienprogramm des Bayerischen Jugendrings. All diese Ansätze spiegeln sich auch in der Schwerpunktsetzung im Lehrplan, durch reduzierten Prüfungsdruck und die Stärkung der pädagogisch-psychologischen Beratung wider.

Wir folgen auch außerschulisch sieben Leitlinien mit zahlreichen unterstützenden Maßnahmen für Kinder, Jugendliche und ihre Familie während und nach der Corona-Pandemie. Wir nutzen dafür das gute, das engmaschige Netz der schulischen und außerschulischen Beratungsangebote in Bayern. Unser Fokus liegt jetzt voll und pragmatisch darauf, die Programme schnell und unbürokratisch umzusetzen, damit die Unterstützung schnellstmöglich bei den Kindern, Jugendlichen und ihren Familien ankommt. Nur handeln hilft, nicht zaudern. Das zählt!

Wir wollen und werden gemeinsam Brücken bauen. Aus vielen Gesprächen mit Lehrkräften und Schulleitern weiß ich: Die Bereitschaft vor Ort, miteinander für unsere Kinder anzupacken, ist groß, sehr groß. Vergelts Gott dafür!

Die kreativen Ideen für Zusatzangebote sind schon jetzt so vielfältig wie beeindruckend. Auch dafür Danke! All das ist nicht selbstverständlich, umso mehr wissen wir es zu schätzen.

Gemeinsam kommen wir voran. Bereits am 12. Mai wurden die Schulen über die grundsätzliche pädagogische Konzeption und die inhaltlichen Details des Programms im elfseitigen Rahmenkonzept informiert. Vorgestern haben die Schulen ein KMS mit konkreten Informationen zum Personal- und Verwaltungsvollzug, zu den zur Verfügung stehenden Mitteln und zu sonstigen rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen erhalten.

Wir haben auch einen weiteren erklärten Wunsch der Schulleitungen erfüllt: Zum ersten Juni wird die spezielle Vermittlungsbörse für interessierte Bewerberinnen und Be-

werber auf der Homepage des Ministeriums freigeschaltet. Interessierte – ich nenne sie mal so – Brückenbauer können sich dort registrieren. Die Inserate können von den Schulen eingesehen werden. Auch die Schulämter unterstützen bei der Rekrutierung. Wir werden zentral organisiert in einer umfassenden, kreativen Anzeigenkampagne für diese Brückenbauer werben. Wir unterstützen unsere Schulen zentral, ermöglichen aber auch Direktbewerbungen an den Schulen. Das ist wichtig; denn die Schulen haben vielfach Kanäle, haben Pools, um auf bewährte Kräfte, von der ehemaligen Vertretungslehrkraft über Vertreter der Erwachsenenbildung bis zu Pensionisten oder Lehramtsstudierende, zuzugehen.

Zudem umfasst das Konzept – auch ein expliziter Wunsch der Schulleitungen – die Möglichkeit, bereits in der Schule tätige Personen wie Lehrkräfte auf freiwilliger Basis mit Mehrarbeitsvergütung für einen raschen Start von Förderangeboten anzusprechen und mit diesen zu planen.

Wir schaffen ein eigenes Portal am ISB – Start nächste Woche – zur fachlichen Unterstützung, das Umsetzungsbeispiele für Brückenkurse, individuelle Förderung im Regelunterricht, Ferienkurse und vieles mehr enthalten wird.

Gemeinsam mit dem Bayerischen Jugendring und der Sportjugend schaffen wir schon in den Pfingstferien zusätzliche Betreuungs- und Freizeitangebote für unsere Kinder und Jugendlichen – ein weiterer wichtiger und bewährter Baustein.

Noch kurz zu den Forderungen der Anträge: Die Planungen des Schulwerks der Diözese Augsburg mit Prof. Dr. Zierer, Kollegin Triebel, sind gut, wirklich gut; allerdings lassen sie sich so kurzfristig für 3.000 bayerische Schulen definitiv nicht flächendeckend umsetzen. Das ist ein anderer Ansatz. Das heißt nicht, dass er schlecht ist, aber man kann es so nicht umsetzen.

Lernstandserhebungen – Kollege Tomaschko hat es vorhin angesprochen – werden an den Schulen ohnehin in Verantwortung der dafür ausgebildeten Lehrkräfte durchgeführt. Wir haben uns zuvor doch darauf geeinigt, dass wir den Druck herausnehmen

wollen. Ich verstehe wirklich nicht, warum Sie jetzt wieder neuen Leistungsdruck aufbauen wollen. Das ist vollkommen kontraproduktiv. Wir haben ein System, in dem die Lehrkräfte, die Schüler und auch die Eltern in diesem Restjahr zurande kommen. Daran sollten und müssen wir auch nicht rütteln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das Konzept der individuellen Lernzeit, das von Ihnen auch in einem Antrag angeführt wird, würde bedeuten, dass Schülerinnen und Schüler nach einem Jahr Unterricht in der Pandemie schon wieder aus ihrem Klassenverband zu lösen wären. Ich hielte das für einen schweren pädagogischen Fehler. Wir setzen deshalb im Restschuljahr auf persönliche Unterstützungsangebote im Klassenverband.

Die Sprachförderung in Kitas, auch angesprochen im Antrag, ist schon jetzt ein großer Schwerpunkt und setzt sich in allen Bildungsbereichen fort.

Wir unterstützen auch unsere Familien mit kleinen Kindern umfassend. Ich nenne exemplarisch unsere massiv ausgebauten Familienstützpunkte sowie die flächendeckenden Angebote der Ehe- und Familienberatungsstellen. Zusätzlich stärken wir die 120 Hauptstandorte der Erziehungsberatungsstellen sowie die Angebote der aufsuchenden Familienhilfe. Der Stellenausbau dazu hat bereits begonnen.

Die Förderung der Familienferienstätten ist in den Haushalten 2021 und 2022 im erforderlichen Umfang eingeplant; das ist übrigens auch mehr, als jedes andere Bundesland leistet. Nur zehn weitere Länder bieten überhaupt derartige Hilfen an. Kein anderes Land gibt dafür so viel wie wir in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kurzum: Der Freistaat ist Musterschüler in der Bereitstellung von Zusatzangeboten für die durch Corona geschwächten oder ausgebremsten Schülerinnen und Schüler – ganz nebenbei: ohne dabei aber die Förderung der Besten zu vergessen. Auch sie

haben wir im Blick, auch sie haben ein Recht darauf, in diesem Schuljahr weiterhin Förderung zu erfahren.

Noch eine kurze Anmerkung zum Bundesprogramm: Einen ersten Entwurf hat Berlin vorgestern an das Kultusministerium geschickt. So viel zum Thema, wir hätten schon vorher etwas machen sollen. Wir haben den Entwurf erst seit vorgestern. Die Verhandlungen mit dem Bund und hausintern laufen auf Hochtouren. Wir werden dieses Programm finanziell ausreichend ausstatten – dessen können Sie sicher sein – und auch wieder mit Sicherheit mehr und engagierter als jedes andere von Ihren Parteien geführte Bundesland unterstützen und noch im Juni auf den Weg bringen. So geht's in Bayern!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb noch einmal und abschließend: Wir haben definitiv unsere Hausaufgaben gemacht. Ihr Antrag kommt zu spät, ist von uns bereits erfüllt, mehr als übererfüllt. Wir sind Brückenbauer, um unseren Kindern einen verlässlichen Weg aus dieser Krise zu bauen, einen Weg, der in eine gute Zukunft trägt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gabriele Triebel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Verehrter Kollege Gotthardt, Sie haben jetzt ganz dezidiert vorgelesen, was das Kultusministerium so alles macht.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Nein, nein, ich schreibe schon selber!)

Ich will Ihnen eine konkrete Frage stellen. Wenn sich zum Beispiel ein VHS-Kursleiter bewirbt, Brückenangebote in dieser Sommerschule 2021 zu machen, was geben Sie ihm konkret an die Hand? Wo soll er ansetzen, wenn er die Schüler*innen nicht kennt? Welche Anforderungen stellen Sie an das Personal, damit auch eine qualitativ gute Ar-

beit gemacht wird, dass wir auch entsprechende Ergebnisse – leider nur zwei Wochen – in dieser Sommerschule erreichen?

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Kollegin Triebel, ich vermute mal, Sie sind genauso wie ich viel im Gespräch mit Lehrkräften, mit Schulleiterinnen und Schulleitern. Ich habe es in einem Absatz erwähnt: Wir haben bewusst diesen doppelten Ansatz gewählt, der Auswahl vor Ort und der Unterstützung wo nötig durch zentrale Maßnahmen durch diese Vermittlungsbörse. Glauben Sie mir, ich weiß es aus der eigenen Erfahrung. Die Schulleiterin zuhause in Kallmünz ist eine überzeugte GRÜNEN-Politikerin. Sie sagt mir: Ich weiß sehr genau und sehr gut, wer in Kallmünz infrage kommt, um solche Angebote zu machen. – Ich sage Ihnen eines: Ich vertraue unseren Lehrkräften und Schulleitern vor Ort. Die wissen sehr gut, wer in den zwei Wochen in der Sommerschule ein bestmögliches Angebot für die Kinder, die es brauchen, machen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gotthardt. – Nächster Redner ist Herr Kollege Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Mütend" – meine Damen und Herren, kennen Sie diese Wortneuschöpfung? "Mütend", also müde und wütend zugleich. Das beschreibt den Gemütszustand vieler Menschen in diesem Land. Nach einem Jahr Pandemie sind viele Menschen einfach müde von den Maßnahmen und wütend über vieles, was eigentlich so viel besser laufen könnte. Besonders betroffen davon sind junge Menschen. Bei Kinder- und Jugendpsychiatrien ist mittlerweile die Rede von Triage, weil Depressionen nur noch bei Suizidgefahr behandelt werden. Das ist aber wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs. Wenn Herr Piazolo heute in der Regierungsbefragung lapidar davon spricht, dass dem einen oder anderen psychischen Problem und dem einen oder anderen Lerndefizit entgegengewirkt werden muss, verkennt er deutlich den Ernst der Lage.

Deutlich danebengeht außerdem das vom Ministerium und vom Minister stolz präsentierte Förderprogramm "gemeinsam.Brücken.bauen". Was soll damit nicht alles möglich sein? – Binnendifferenzierung, Gruppenteilungen, Nachmittagskurse, außerunterrichtliche Aktivitäten und mehrere Wochen Sommerschule mit sogenannten Intensivkursen. Das klingt spannend. Nur wird das alles nicht klappen, wenn man dafür im Schnitt nur 5 Euro pro Schüler bereitstellt; denn gute Bildung kostet.

Gehen wir das einfach mal exemplarisch durch. In den letzten Tagen wurde auch viel über das Mathematik-Abitur diskutiert. Rechnen wir also einmal ein bisschen. Ein klassisches Gymnasium erhält – nach dem KMS vor zwei Tagen, das Herr Kollege Gotthardt gerade angesprochen hat – mit 750 Schülern jetzt 120 Personalstunden für das gesamte Programm gestellt. Somit lautet die Beispielrechnung: drei Personen, zwei Wochen, für jeweils 20 Stunden. – Sind Sie soweit mitgekommen? Das heißt, damit können drei Sommerschulkurse für insgesamt 750 Schüler bereitgestellt werden, und dann ist das gesamte Budget aufgebraucht. Das klappt hinten und vorne nicht! Hier muss man dem Ministerium einfach sagen: Sie schüren bei den Eltern schon wieder unglaubliche Erwartungen. Sie bombardieren die Schulleitung seitenweise mit Schreiben. Sie tragen den Schulen auch noch die Organisation und die Personalsuche auf. Am Ende lassen Sie sie dann damit allein, den Eltern und den Schülern zu erklären, dass diese geschürten Erwartungen eben überhaupt nicht erfüllt werden können und am Ende nur ein viel zu kleines Kursangebot übrig bleibt. Das macht die Menschen so müde und so wütend. Wenn schon, denn schon. Sie bauen damit keine Brücken, sondern eigentlich bauen Sie nur Bürokratie auf.

Im Übrigen wird nur auf den Bund verwiesen. Das kennen wir bereits. Das hatten wir schon einmal, dass bei wichtigen Programmen auf den Bund verwiesen wird: Ja, beim Digitalpakt! Das war vor gerade einmal zwei Jahren. Damals haben Sie als Kultusministerium mit dem Verweis auf Milliarden vom Bund die Digitalisierung an Bayerns Schulen ausgebremst. Die Bilanz ist verheerend. Kaum mehr als 5 % der 778 Millionen Euro, die für Bayern bereitstehen, wurden in diesen zwei Jahren bewilligt. Was

war das für ein Bürokratiemonster! Das sollte uns beim Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" auf keinen Fall noch einmal passieren. Für die Lernlücken ist eine paritätische Länderbeteiligung fest vorgesehen. Daher darf es auch gar keine Diskussion mehr geben, sondern wir müssen zusehen, dass wir schleunigst in die Umsetzung gelangen.

Mindestens genauso groß ist der Handlungsbedarf im Sozialbereich. Ich möchte hier nicht mehr auf alle Details eingehen, aber einen großen Punkt möchte ich beim Antrag der SPD herausgreifen, bei dem wir uns wahrscheinlich unterscheiden: Die Verdopplung des Kinderfreizeitbonus, bei dem noch einmal 100 Euro quasi mit der Gießkanne verteilt werden sollen, stellen wir ein bisschen in Frage. Stattdessen sollten wir aus dieser Krise lernen und sie als Anstoß für strukturelle Reformen nehmen. Wir haben dies vor Wochen und Monaten auch schon einmal in einem Antragspaket zu Bildungschancen skizziert. Das heißt, wir brauchen einen angemessenen Sozialindex zur Finanzierung für alle Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Wir benötigen eine Stärkung des vorschulischen Bereichs. Wir müssen auch überlegen, wie wir die Ganztagsförderung so reformieren können, dass die Gelder endlich ankommen und auch die Qualität gesichert ist.

Bei der Qualitätssicherung sind wir eigentlich bei der Lernstandserhebung. Liebe Kollegen von CSU und FREIEN WÄHLERN, Folgendes hat mich schon ein bisschen zum Schmunzeln gebracht: Am 04.05. habe ich das Protokoll bzw. das Ergebnis der Kabinettssitzung gelesen, in dem auch die Lernstandserhebung steht. Dann habe ich weitergelesen: Am Tag danach gab es einen Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER, bei dem namentlich die Kollegen, die gerade gesprochen haben, Antragsteller sind, in dem dieses Bildungsmonitoring explizit begrüßt wird. Heute distanzieren Sie sich davon. Das finde ich schon sehr spannend und bemerkenswert, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf)

Unter dem Strich muss ich feststellen: Was die Gesamtbilanz betrifft, sollten wir uns für die bisherige Politik gegenüber der jungen Generation eigentlich schämen, einer Generation, die einerseits die geringsten Gefahren durch das Virus, andererseits aber auch die größten Lasten durch die Maßnahmen getragen hat. Diese dürfen wir nicht mit solch halbherzigen "Prograämmchen" abspeisen. Schluss also mit diesen bürokratischen Strohfeuern! Es muss sich grundlegend etwas ändern. Der Respekt, den wir als Gesellschaft vor der jungen Generation haben, muss sich auch bei der Qualität und beim Angebot von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen erkennen lassen. Daher, meine Damen und Herren, gibt es viel zu tun. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Zur Abstimmung über beide Anträge kommen wir erst in der nächsten Plenarsitzung. Heute war bis um 20:00 Uhr eingeladen.

Jetzt haben wir 20:05 Uhr. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/15843 bis 18/15848 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Vielen Dank für die konzentrierten 11-stündigen Beratungen heute, auch für die Anstrengungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamtes am heutigen Plenartag. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend und schöne Pfingstferien. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 20:06 Uhr)

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.06.2021 **Drucksache** 18/**16218**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**15857**

Sommerschule 2021 für alle und mit Konzept – Bildungsteilhabe jetzt ermöglichen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung über nachstehende Dringlichkeitsanträge aus der Plenarsitzung vom 20. Mai 2021

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)
Corona-Aufholprogramm des Bundes durch bayerisches Aktionsprogramm stärken (Drs. 18/15842)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sommerschule 2021 für alle und mit Konzept - Bildungsteilhabe jetzt ermöglichen (Drs. 18/15857)

Über diese beiden Dringlichkeitsanträge konnten wir in der Plenarsitzung am 20. Mai 2021 aus Zeitgründen nicht mehr abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Corona-Aufholprogramm des Bundes durch bayerisches Aktionsprogramm stärken" auf Drucksache 18/15842 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.Nun komme ich zur Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sommerschule 2021 für alle und mit Konzept – Bildungsteilhabe jetzt ermöglichen" auf der Drucksache 18/15857. Wer dem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄH-

LER und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.